

Vorgaben und Vorstellungen

Die Märkische Oderzeitung befragte Landräte und Oberbürgermeister:

Wie ist nach Monaten bewegter Diskussionen der derzeitige Stand zur Kreis- und Gebietsreform?

Fürstenwalde

Dr. Mathias Schubert,
Landrat

Berliner Speckgürtel wächst ohne unser Tun



Gespräche zu möglichen Zusammenhängen haben wir auf mehreren Ebenen und mit allen nur möglichen Partnern bzw. Nachbarn geführt. Der Vorschlag des Innenministeriums sieht ja vor, daß wir eine Fusion mit Strausberg und Seelow eingehen. Wir favorisieren dagegen eine Variante mit dem Südkreis Beeskow und sind noch offen, wenn sich Eisenhüttenstadt diesem Verbund anschließen möchte. Hintergrund dafür sind vor allem historische und geographische Überlegungen. Nimmt man nur mal den Touristenziehungspunkt Storkower Seen/Scharmützelsee, so ist hier bereits ein Verbund zwischen den Kreisen Beeskow und Fürstenwalde im Wachsen.

Gegen die Variante des Innenministeriums spricht auch noch etwas anderes. Ein Zusammengehen mit Strausberg, einem Berlinanrainer, wie wir es auch sind, würde andere Kreise um Entwicklungschancen bringen. Ein Speckgürtel wird sich um die Hauptstadt auch ohne unser Zutun entwickeln. Um von der Entwicklung dieses Gebietes partizipieren zu können, wäre es sinnvoll, Kreise so zusammen zu legen, daß diese wie Tortenstücke rund um die Hauptstadt und den künftigen Regierungssitz liegen. Das scheint uns auch im Sinne des gesamten Landes eine gute Lösung zu sein.

Natürlich gibt es auch Meinungen, die Fürstenwalde als den Großen sehen, der den Kleinen, in dem Falle Beeskow, schluckt. An dem ist es aber nicht. Auch im Kreis Fürstenwalde gibt es strukturschwache Gegenden. Schließlich geht es ja auch nicht darum, z. B. von Erkner bis Lieberose nur Wirtschaftsgebiete anzuschließen. Die Stärken jedes Gebietes müssen richtig ausgespielt werden, und das können neben Wirtschaftsgebieten auch Landschaftsschutzgebiete sein, die nicht etwa jetzt zubetoniert werden. Das natürliche Gewachsene ist unbedingt in Rechnung zu stellen, denn gerade durch den Erhalt der Vielfalt ergibt sich das lebensfähige Gebilde eines Kreises mit differenzierten Standortvorteilen. Dann ist allerdings ein Finanzausgleich zwischen den Kommunen nötig.

Wir meinen, wer jetzt Zeichen setzt, hat gute Karten, wenn die neue Kreiskarte verabschiedet wird, denn was kommunal zusammenwächst, ist sicher das Optimale. Deshalb hoffen wir, daß Innenministerium und Parlament nicht vorschnell entscheiden, sondern die in einem demokratischen Prozeß herauskristalisierten Varianten annehmen.

Faktische Antworten im Vorfeld der Landtagsentscheidung setzen sicher unter Entscheidungszwang. Aber wir wollen damit auch das diktatorische Problem des Zentralismus, das ja keiner mehr will, außer Kraft setzen. Noch vor der geplanten Fusion, egal wie diese nun endgültig aussehen wird, sind gut funktionierende Amtsgemeinden zu bilden. Für diese Form bürgernahe Verwaltungsarbeit ohne lange Wege gibt es bereits kreisübergreifende Aktionen von Gemeinden besonders im Südwesten des Kreises rund um den Scharmützelsee.

Konkrete Vorstellungen gibt es schon zur künftigen Kreisstadt. Beeskow und Fürstenwalde wollen dazu in einen fairen Schönheits- oder besser vielleicht Vorankommenswettbewerb treten. Damit ist dem kleineren Beeskow ebenso eine Chance gegeben wie dem bevölkerungsreicheren

Fürstenwalde, kann jeder die Entscheidung durch eigenes Aktivwerden in seinem Sinne beeinflussen, zum Nutzen aller Bürger.

Beeskow

Dr. Jürgen Schröter
Landrat

Gute Verzahnungen im Wirtschaftsbereich

Varianten gab es in den vergangenen Monaten viele, und so waren wir mit allen Nachbarn im Gespräch: Guben, Eisenhüttenstadt, Königs Wusterhausen, Lübben und natürlich Fürstenwalde, wenn dieser Kreis auch erst einen Alleingang für möglich hielt. In den Diskussionen sind wir nun so weit vorangekommen, daß die angestrebte Variante ein Zusammengehen mit Fürstenwalde ist. Damit sind wir aber längst nicht „zu“, was eine Anschluß von Eisenhüttenstadt betrafte.

Warum nun gerade Fürstenwalde. Dafür sprechen vor allem infrastrukturelle Verbindungen: Anschluß an die internationale Eisenbahnhauptlinie, die Autobahn, neue geplante Bundesstraßen in Nord-Süd-Richtung und nicht zuletzt natürlich die Berlinanbindung. Auch wirtschaftliche Schwerpunkte machen ein Zusammengehen unumgänglich. Sicher gibt es da auch die Befürchtungen, Beeskow würde zum bedeutungslosen Zwerg degradiert. Wir bringen eben andere Dinge in diesen neuen Kreis ein. Ich denke da vor allem an Schwerpunkte auf dem Tourismussektor.

Bei der Schaffung von Wirtschaftseinheiten gibt es bereits gute Verzahnungen. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit der Ämter für Wirtschaftsförderung, die durch Beraterteams ein regionales Konzept erarbeiten lassen. Dazu wird es auch Fördermittel vom Bundeswirtschaftsministerium geben.

Bedenken gibt es bisher nur, was die Bürgernähe betrifft, deshalb muß vorher unbedingt die Amtsordnung durchgesetzt werden, d. h. sind starke Amtsgemeinden zu schaffen.

Ich meine aber, man sollte diese Reform auch nicht zu sehr hochspielen. Die neuen Gebilde, egal wie sie am Ende nun konkret aussehen, werden doch dann nicht abgeschnitten von jeglichen anderen Verbindungen, nur auf sich angewiesen, im luftleeren Raum stehen. Es wird doch weiterhin zu anderen enge Verbindungen geben. Gewachsenes, egal auf welchem Gebiet, wird doch dann nicht etwa schnellstens künstlich zerrissen, auch wenn dabei Kreisgrenzen geschnitten werden. So müssen natürlich im Parlament vor endgültigen Entscheidungen viele Faktoren abgewogen werden. Kommt es nicht zu den favorisierten Varianten, so bedeutet es doch keinesfalls für einen Kreis das absolute Aus.

Eisenhüttenstadt/Land

Dr. Hans Ness, Landrat
Großkreis wäre großer Problemkreis



Zur Reform an sich gibt es ja keine Diskussion in dem Sinne mehr, daß die Notwendigkeit irgendwie bestritten wird. Auch die Zeit für die Diskussion ist ausreichend. Eine Vorverlegung der parlamentarischen

Entscheidung käme sicher den Finanzen zugute, aber eben nicht der Demokratie. Also werden Möglichkeiten sorgsam abgewogen, um wirklich die notwendige Unterstützung durch die Bevölkerung zu erhalten.

Bei uns gibt es bereits einen klaren Kreistagsbeschuß zum Zusammengehen mit Guben. Das heißt nun aber keinesfalls, daß wir uns nicht offenhielten für andere Möglichkeiten. Wir haben Möglichkeiten für weitere Anschlüsse geschaffen.

Die vom Innenministerium vorgeschlagene Variante, die ein Zusammengehen von Beeskow, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde vorsieht, stößt auf Ablehnung. Das hat den Hintergrund, daß viele befürchten, durch die Berlinanbindung kopflastig zu werden. Außerdem würde mit dem Großkreis nur ein großer Problemkreis geschaffen. Mit Guben gibt es dagegen viele verbindende Elemente und Aufgaben, auch perspektivisch gesehen. Da ist zum einen die Grenze zu Polen. Eine Staatsgrenze nicht allein, sondern auch eine Grenze von Wirtschaftsgebieten, es ist ja die EG-Grenze. Verbindend sind ebenso die Probleme, die zwei große, altlastenreiche Industriestandorte, bei uns die Metallurgie und im Süden die Chemie, mit sich bringen. Gemeinsam haben wir bereits Pläne zur Wirtschaftsförderung mit Investitionsvorstellungen



Wird dieser alte Grenzstein wieder aktuell?

MOZ-Foto: M. Märker

Die Diskussionswellen schlugen in den vergangenen Monaten hoch, bis wir uns am Donnerstag der vergangenen Woche in der Stadtverordnetenversammlung einigten, wie unser Vorschlag an das Innenministerium aussieht. Genau genommen sind es zwei Varianten. Erstens: Schwedt bleibt kreisfrei und zweitens: Schwedt schließt sich mit Angermünde zum Kreis Ost-Uckermark mit der Kreisstadt Schwedt zusammen. Beide Varianten sollen als gleichberechtigt angesehen werden. Jetzt liegt auch ein Landesorganisationsgesetz vor, welches Gebietsänderungen ausdrücklich erlaubt. Das kommt einer Änderung der Kommunalverfassung gleich und eröffnet somit neue Möglichkeiten des Zusammengehens mit dem Umland. Gerade diese Verantwortung der Stadt Schwedt für das Umland war immer wieder Diskussionspunkt in der Vergangenheit. Kontakte, die wir suchten, wurden so oftmals zu Streitpunkten. Dem versuchen wir mit den zwei Vorschlägen entgegenzusteuern.

Eberswalde

Bodo Ihrke, Landrat

Endgültig entscheidet das Landesparlament



Geprägt waren die vergangenen Monate von Gesprächen in den Parlamenten, Verwaltungen, mit den Bürgermeistern. Auf einer sogenannten Nordkonferenz verabschiedeten wir einen Brief an den Innenminister, um Wunschvarianten darzustellen. Eine endgültige Stellungnahme, die dann alle bisherigen kreislichen Diskussionen und Beschlüsse auf einen Nenner bringt, werden alle Landräte bis zum 30. Juli an das Innenministerium senden. Aber auch dann scheint es mir wichtig und wünschenswert, daß im Ministerium keine Sofortentscheidungen gefällt werden, sondern gemeinsam nochmals abgewogen wird. Sicher wird auch Kompromißfähigkeit gefragt sein, denn die vom Innenministerium vorgeschlagene Variante zeigt inzwischen doch erhebliche Abweichungen von den Wunschvorstellungen, die einzelne Kreise haben. Fakt ist aber: das Landesparlament und nicht die Kreistage muß die endgültige, sicher sehr schwierige gemeinverträgliche Entscheidung fällen, wobei es möglichst wenig Substanzverlust geben darf.

Wir haben es uns zum Prinzip gemacht, die Gespräche mit den Nachbarn nicht abreißen zu lassen, wenn es auch derzeit manchmal so aussieht, als bliebe Eberswalde „übrig“. Ein Alleingang unsererseits ist aber nicht denkbar, da wir die gesetzten Kriterien zu effektiver Verwaltungsarbeit, d. h. Größe und Bevölkerungszahl, nicht erreichen könnten. Und die Effektivität gehört ja zu den Faktoren, die in erster Linie die Reform notwendig machen. Die Bedenken, daß das nicht im Interesse der Bürger sei, Wege unzumutbar würden u. ä., haben wir nicht. Mit der Reform werden ja Entscheidungskompetenzen von der Landes- auf die Kreisebene verteilt. Damit wird für die Bürger manche Problemlösung wesentlich schneller möglich sein. Durch direkte örtliche Kenntnisse der entscheidenden Politiker werden auch die berümt-berühmtesten Entscheidungen „vom grünen Tisch“ aus wesentlich geringer. Wir favorisieren einen Zusammenschluß mit Bernau und Bad-Freienwalde. Zwischen diesen Kreisen gibt es bereits enge Verbindungen hinsichtlich der Energie- und Wasserversorgung oder im Personennahverkehr. Gerade die mit Bernau gegebene Berlinanbindung über Berlin-Biesenthal-Eberswalde hätte eine enorme Ausstrahlungskraft. Eberswalde ist die fünftgrößte Stadt Brandenburgs und die größte im Norden. Da brauchen wir einfach die Innovation aus Berlin. Gegenüber Berlin wäre es auch notwendig, ein tragfähiges regionales Entwicklungskonzept anzubieten. Dafür hätte Eberswalde mit einem künftigen Großflughafen bei Pinnow gute Voraussetzungen, so daß nicht nur der Teil Brandenburgs im Süden von Berlin an dem zu erwartenden Entwicklungsschub partizipiert.



Die Landräte Dr. Ness, Dr. Schröter und Dr. Schubert (v.l.n.r.) – gemeinsam nur während eines Bürgerforums, sonst sind getrennt Wege anvisiert.

MOZ-Foto: A. Kannenberg

gen ausgearbeitet, um eine leistungsstarke Grenzregion zu entwickeln und nicht am Rande etwa in Bedeutungslosigkeit zu versinken. Nicht an letzter Stelle sollen ein gemeinsamer Naturschutzpark und historische Verbindungen genannt werden. Weitere kleinere praktische Schritte der Zusammenarbeit ließen sich auf vielen Gebieten finden.

Eisenhüttenstadt:

Wolfgang Müller,
Oberbürgermeister

Diskussionszeit wird voll genutzt

Wir können zu dem Thema Kreisreform bislang keine definitive Aussage machen, da gegenwärtig von uns noch bestimmte Kriterien dafür überprüft werden. Es liegt ein Diskussionsvorschlag von Innenminister Ziel vor, zu dem bis Ende Juli unsere Meinung gefragt ist. Danach werden wir uns öffentlich äußern.

Frankfurt (Oder)

Dr. Wolfgang Denda,
Oberbürgermeister
Zufrieden mit dem kreisfreien Status

Ich hoffe, daß der Wunsch der Stadtverordnetenversammlung – Frankfurt eine kreisfreie Stadt – von der Landesregierung so akzeptiert wird. Wenn jetzt andere Entscheidungen getroffen werden, müßte

nochmal mit den Bürgermeistern und Landräten diskutiert werden. Ich bin als Oberbürgermeister Frankfurts jedoch zuversichtlich, daß die Entscheidung zugunsten unseres Anliegens getroffen wird.

Angermünde

Klaus Liebenau,
Baudezernent
Zusammengehen wie vor 1952 ist denkbar



In den vergangenen Diskussionswochen gab es ja immer wieder wechselnde Sichten auf etwaige Fusionen. Eine völlig neue Variante ergab sich in der vergangenen Woche. Gemeinsam mit dem Stadtparlament von Schwedt haben wir uns verständigt zusammenzugehen, wie es bis 1952 der Fall war. Selbst unter der Voraussetzung, daß wir Kreisstadt würden, ist diese Variante denkbar. In den Diskussionen haben die beiden Parlamente wirklich in sachlicher Art und Weise versucht,

einander näher zu kommen, Vor- und Nachteile wohl abzuwägen.

Tatsache ist, Angermünde war schon immer Verwaltungsstadt und dürfte diesen Status, um überhaupt „am Leben zu bleiben“, auch nicht verlieren. Schwedt mit über 50 000 Einwohnern behielt je unabhängig davon Entscheidungsgewalt.

Fest steht aber, bis zum Termin 30. Juli muß ein endgültiger Vorschlag noch abgerundet werden, denn auch ein Zusammengehen mit Eberswalde wäre noch denkbar. Nördliche Gemeinden Eberswaldes streben das bereits ernsthaft an. Der Forderung des Innenministeriums können wir auf jeden Fall nur flächenmäßig nachkommen. In unserem doch recht schwach besiedelten Gebiet wäre die vorgegebene Bevölkerungszahl nur in einem nicht zu überschauenden Riesenkreis erreichbar. Und damit gingen unweigerlich angestrebte Bürgernähe, effiziente Verwaltungstätigkeit verloren.

Schwedt

Peter Schauer,
Oberbürgermeister

Mit dem Blick auf das Umland: 2 Varianten

